

Termine

05.11.2006 - 09.11.2006
Ausschusssitzungswoche
Bundesrat

05.11.2006 - 07.01.2006
Winterwelt
am Potsdamer Platz

13.11.2006 - 16.11.2006
Sitzungswoche
Europäisches Parlament
in Straßburg

13.11.2006 - 16.11.2006
23. Ordentlicher
GdP-Bundeskongress
in Berlin

20.11.2006 - 22.11.2006
Berliner Politiktage 2006

20.11.2006 - 24.11.2006
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Das aktuelle Herbstgutachten der Wirtschaftsweisen zeigt, dass wir mit den bisher getroffenen Entscheidungen auf dem richtigen Weg sind. So haben die Fachleute ihre Frühjahrsprognose für die Konjunkturentwicklung 2006 noch einmal um 0,5 Prozentpunkte nach oben korrigiert. Nunmehr rechnen sie für dieses Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent. Dies ist der zweithöchste Wert seit zehn Jahren.

Für den Arbeitsmarkt kommen die Wirtschaftsweisen ebenso zu positiven Ergebnissen. Im Jahr 2006 erwarten sie einen Rückgang der Erwerbslosenquote von 11,2 auf 10,2 Prozent und 2007 sogar auf 9,9 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt ist damit die Zahl der Arbeitslosen seit Januar um 300.000 zurückgegangen. Besonders erfreulich ist dabei, dass nach vielen Jahren endlich auch wieder zahlreiche sozialversicherungspflichtige Stellen neu geschaffen werden.



Dies hat schließlich direkte Auswirkungen auf die Haushaltskonsolidierung. Nicht nur das Maastrichtkriterium von maximal 3 Prozent Neuverschuldung wird erstmalig seit vier Jahren eingehalten werden. Darüber hinaus wird das von der Bundesregierung zunächst prognostizierte Defizit von 2,6 Prozent noch unterschritten werden und letztlich wohl bei nur 2,4 Prozent liegen. Insgesamt zeigt die Entwicklung der vergangenen Monate, dass die tatsächliche Situation im Land wesentlich besser ist, als sie da und dort beschrieben wird. Der Aufschwung ist nicht nur endlich in Deutschland angekommen, sondern er hat sich verstetigt. Die Menschen sehen nun, dass sich die teilweise als hart empfundenen Entscheidungen der Großen Koalition am Ende des Tages auszahlen.

Weniger hoffnungsvoll stimmt dagegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, mit dem es die Anerkennung einer extremen Haushaltsnotlage Berlins abgelehnt hat. Zweifelsohne ist diese Entscheidung ein harter Schlag für die Bundeshauptstadt, die nun den immensen Schuldenberg von 61 Milliarden Euro alleine bewältigen muss. Entgegen einer weit verbreiteten Ansicht hat der Richterspruch aber gleichermaßen enorme Auswirkungen auf unser gesamtes föderales System.

Zwar macht Karlsruhe in der Urteilsbegründung deutlich, dass der Ruf nach Bundeshilfen für ein Bundesland nur der letzte Ausweg sein kann. Zuvor muss es alle ihm selbst zur Verfügung stehenden Mittel ausgeschöpft haben. Jedoch fordert das Gericht ebenso klar, im Rahmen einer Neuordnung des Länderfinanzausgleichs dafür Sorge zu tragen, dass es überhaupt nicht erst zu Haushaltsnotlagen in finanzschwachen Ländern kommen kann. Damit werden wir uns bei den Verhandlungen für die sogenannte Föderalismusreform II zu beschäftigen haben. Die Bundesrepublik bleibt weiterhin eine Solidargemeinschaft. Dies hat Karlsruhe mit seinem Urteil eben auch bestätigt.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Schmitt

Ingo Schmitt MdB



21.11.2006 - 22.11.2006
Verkehrsmministerkonferenz
in Berlin

24.11.2006
Bundespresseball
in Berlin

27.11.2006 - 28.11.2006
20. CDU-Bundesparteitag
mit Neuwahl des Vorstandes
in Dresden

27.11.2006 - 01.12.2006
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

Erste Runde der Exzellenzinitiative ist entschieden

Die Entscheidungen der ersten Runde des Exzellenzwettbewerbs der Hochschulen sind gefallen. Die Zukunftskonzepte von drei Universitäten – TU Karlsruhe, Ludwig-Maximilians-Universität München und TH München – wurden im Rahmen der Exzellenzinitiative prämiert.

Die Exzellenzinitiative ist ein Programm, mit dem Bund und Länder den Ausbau der universitären Spitzenforschung fördern. Ziel ist, dass sich heute schon hervorragende Universitäten bzw. einzelne ausgezeichnete Fachbereiche in Richtung internationaler Spitze entwickeln. Dafür stehen insgesamt 1,9 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2006 bis 2011



zur Verfügung. Der Bund übernimmt 75 Prozent, die Länder tragen 25 Prozent dieser Aufwendungen.

Leider konnten die Zukunftskonzepte der Berliner Hochschulen nicht vollkommen überzeugen. Die FU, die als einzige Berliner Universität die Qualifizierung für die Endausscheidung schaffte, hat einen Antrag auf Förderung einer Graduiertenschule gewonnen. Gemeinsam mit der Humboldt- und

der Technischen Universität holte sie weitere zwei Sonder-Förderprogramme nach Berlin. Dies bedeutet für Berlin: Unsere Hochschulen haben aufgeholt, müssen aber für die zweite Antragsrunde im nächsten noch Jahr nachbessern.

Die Auswahl des Wissenschaftsrats und der deutschen Forschungsgemeinschaft mit den universitären Schwerpunkten in Süddeutschland hat zahlreiche Diskussionen und Nachfragen ausgelöst. Die Auswahlkriterien und die Methode sind streng wissenschaftsgeleitet, da der Exzellenzwettbewerb ein Instrument

der Spitzen- und nicht der Breitenförderung sein soll. Den Grund für das verbesserungswürdige Abschneiden der Berliner Universitäten sieht Monika Grütters in der Wissenschaftspolitik des rot-roten Berliner Senats: „Einmal mehr

hat die Anerkennung der herausragenden Leistungen der Unis München und Karlsruhe bestätigt, wie wichtig die Fürsorge des Bundeslandes für seine Hochschulen ist. Berlins rot-rote Koalition schleift die Berliner Wissenschaft seit Jahren. Die Leidtragenden sind Forscher, Lehrer und Studierende. Hoffen wir, dass das Warnsignal wirkt und auch Berlin in eine wissenschaftsfreundliche Politik umsteuert.“

Bayern und Baden-Württemberg stammen. Der CDU-Politiker: „Das Ergebnis der ersten Förderrunde trifft auch und gerade Berlin, das nach wie vor größte Universitätsstadt Deutschland ist. Es kontrastiert alle Gepflogenheiten anderer europäischer Hauptstädte, dass es in der deutschen Hauptstadt, am Sitz der Bundesregierung, keine Exzellenzuniversität gibt. Das schadet dem Ansehen Deutschlands insgesamt. Deshalb werden wir uns als Landesgruppe mit der Bundesregierung in Verbindung setzen, um geeignete Maßnahmen zur Stärkung des Berliner Wissenschaftsstandortes zu diskutieren.“

Nach den Entscheidungen der ersten Runde des Exzellenzwettbewerbs hat sich die Landesgruppe Berlin besorgt darüber gezeigt, dass die Qualität der Forschung zwischen den Teilen der Republik offenbar weiter auseinanderdriftet. Der Landesgruppenvorsitzende Ingo Schmitt MdB: „Die Entscheidung ist in der Sache sicher gut begründet, offenbart jedoch ein hochschulpolitisches Strukturproblem. Während die universitäre Spitzenforschung im Süden konzentriert wird, droht der strukturschwache Nordosten weiter abgehängt zu werden.“ Schmitt verwies darauf, dass die drei prämierten „Eliteuniversitäten“ allesamt aus

Neues Versicherungsvermittlerrecht kommt 2007

Mit dem Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Versicherungsvermittlerrichtlinie wird der Anspruch der CDU/CSU-Fraktion bestätigt, modernen Verbraucherschutz ohne unnötige Bürokratie umzusetzen.

Das Gesetz „zur Neuregelung des Versicherungsvermittlungsrechts“ dient der Umsetzung der entsprechenden Richtlinie der Europäischen Union und ist bereits seit geraumer Zeit ein großes Thema für die Versicherungsbranche und natürlich auch für die Versicherungsnehmer selbst. „Das Gesetz wird nicht nur die Rechte des Verbrauchers durch umfangreiche Informations-, Beratungs- und Dokumentationspflichten des Versicherungsvermittlers stärken, sondern vor allem mittels angemessener Ausbildungsstandards die Qualität der Beratung im Sinne des Kunden verbessern“, führt der Berliner Bundestagsabgeordnete Kai Wegner MdB aus, der in seiner Funktion als Berichterstatter für die CDU/CSU-Fraktion das Gesetz von Anfang an parlamentarisch begleitet hat.

Aber nicht nur die Verbraucher können zufrieden sein, auch die Versicherungsbranche und insbesondere die Unternehmen, die Versicherungen nur in Ergänzung zu ihren Produkten verkaufen, können sich auf ein „schlankes“ Gesetz ohne unnötige Bürokratie freuen. Hierzu Wegner: „Im Rahmen der Ausschussberatung ist es mir gelungen weitere Erleichterungen insbesondere für mittelständische Unternehmen durchzusetzen, ohne dabei den Verbraucherschutz zu mindern. Ich denke beide Seiten können mit der getroffenen Regelung zufrieden sein.“ So wird durch die genannten Erleichterungen beispielsweise im Bereich der Reiseversicherungen sichergestellt, dass diese auch zukünftig wie gehabt im Reisebüro, zusammen mit dem eigentlichen Produkt der Reise, gebucht werden können.

Tempelhof durch Public-Private-Partnership offen halten

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka MdB startet eine neue Initiative zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof. Zu diesem Zweck hat der Abgeordnete einen Antrag für den Deutschen Bundestag vorbereitet.

Der Bund hat als wesentlicher Eigentümer der Flughafenimmobilien und als Mitgesellschafter des Flughafenbetreibers eine Mitverantwortung für ausreichende Luftverkehrskapazitäten in der Bundeshauptstadt Berlin. Darüber hinaus hat er die Möglichkeit, mit der Verlagerung eines Teils der Flugbereitschaft der Bundesregierung für ein betriebswirtschaftlich tragfähiges Konzept zur Offenhaltung des Flughafens Tempelhof beizutragen.

Die solideste Lösung für den Weiterbetrieb von Tempelhof – und zugleich die-

jenige mit der Aussicht auf größtmögliche Selbstfinanzierung – ist deshalb die Kombination von Regionalverkehren, der General Aviation (Geschäfts- und Privatflieger) und Teilen der Flugbereitschaft der Bundesregierung. Eine neue Betriebsgesellschaft zur Bündelung dieser Verkehre sollte im Wege einer Public-Private-Partnership zwischen Bund, Land Berlin, Deutscher Bahn AG und privaten Investoren verwirklicht werden.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden, sich für die dauerhafte Offenhaltung des Flughafens Tempelhof einzusetzen und die Möglichkeiten zum Weiterbetrieb in Form einer

Public-Private-Partnership oder durch Fluggesellschaften, die entsprechende Angebote gemacht haben, zu prüfen. Den vollständigen Antrag finden Sie unter: www.peter-rzepka.de („Bundestag“ – „Parlamentarische Aktivitäten“).



Ausbildungspakt erfolgreich

Auch in diesem Jahr wird es dem Ausbildungspakt gelingen, die Zahl der neu abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge wieder zu steigern.

Der Berichterstatter für Handel der CDU/CSU-Fraktion, Kai Wegner MdB, verwies exemplarisch auf die Ausbildungsleistung im Deutschen Einzelhandel: „Trotz schwieriger wirtschaftlicher Lage ist es gelungen, alleine in Ostdeutschland die Zahl der Ausbildungsverträge um 20% zu steigern – diese Ausbildungsbereitschaft ist beeindruckend.“

Trotzdem bleibt die Lage am Ausbildungsmarkt weiterhin angespannt. Die Ursache dafür sei jedoch nicht vornehmlich das Kostenargument, wie die Befürworter der Ausbildungsplatzabgabe immer wieder betonen, vielmehr handle es sich um viele Faktoren, die für die angespannte Lage am Ausbildungs-

markt verantwortlich seien: „Indiz dafür ist die zunehmende Zahl an Lehrstellen, die Jahr für Jahr nicht besetzt werden. Neben der Konjunkturabhängigkeit, der fehlenden Flexibilität in der beruflichen Bildung, spielt die Ausbildungsreife vieler Jugendlicher sehr häufig eine entscheidende Rolle“, so Wegner, der auf Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) verweist. Denn hier gab zuletzt jeder zweite Betrieb an, dass er im vergangenen Jahr wegenschlechterschulischer Vorbildung vieler Bewerber seine Ausbildungsplätze nicht voll besetzen konnte. „Deshalb sind alle Ansätze, eine wie auch immer geartete Ausbildungsplatzabgabe einzuführen, nicht nur unpraktikabel, sondern verkennen schlichtweg die eigentlichen Gründe des Problems. Sie würde außerdem die Betriebe bestrafen, die eigentlich ausbilden wollen, aber auf Grund ihrer wirtschaftlichen Situation schlichtweg nicht ausbilden können“, so Wegner.

Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes muss zügig erfolgen

Auf Anregung der Koalitionsfraktion von CDU und SPD hat die Behörde des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, Bernd Neumann (CDU), gemeinsam mit der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (Birther-Behörde) einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes erarbeitet.

Einer der Gründe für die dringende Überarbeitung der jetzigen Rechtslage ist das Auslaufen der Frist zur Überprüfung auf Stasi-Vergangenheit. Mit der Gesetzesnovelle wird sichergestellt, dass bestimmte Personengruppen in politisch und gesellschaftlich herausgehobenen Positionen auch zukünftig einer Überprüfung unterzogen werden können. Unbefristet sollen dann auch Zugangsrechte zu dem Melderegister der ehemaligen DDR gelten. Dies ist beispielsweise in Fällen wichtig, in denen Angehörige über Kinderadoptionen nachforschen, die von der Stasi beeinflusst wurden. Für die politische und historische Aufarbeitung soll der Zugang zu den Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes künftig verbessert werden.

Monika Grütters, Obfrau der CDU/CSU im zuständigen Kulturausschuss und stellvertretende Berichterstatterin zu diesem Thema, fordert: „Es ist keine Zeit zu verlieren, das neue Gesetz auf den Weg zu bringen, damit wir in dieser sensiblen Frage keinen rechtsfreien Raum erleben. Die Beratungen über den Gesetzentwurf im parlamentarischen Raum müssen daher zügig und zielorientiert geführt werden, damit die neuen Regelungen zu Jahresbeginn 2007 in Kraft treten können. Die Novellierung dient nicht dazu, das Gros der ehemaligen DDR-Bürger unbefristet unter Generalverdacht zu stellen, aber Verantwortungsträger in unserer Gesellschaft müssen sich auch zukünftig die Frage nach ihrer Vergangenheit gefallen lassen.“

„Berlin hilft!“ – Berliner Bundestagesabgeordneter gründet gemeinnützigen Verein

Der Berliner Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann MdB hat gemeinsam mit dem Emil-von-Behring Klinikum in Zehlendorf und der Kinderklinik in Kiew (Ukraine) die Initiative „Berlin hilft!“ gestartet.

Den Anlass zu dieser Hilfsaktion gab der 14-jährige Oleg, den Wellmann im März 2006 in der Kiewer Kinderklinik kennen lernte. Oleg hatte Anfang des Jahres bei einem Zoobesuch beide Arme verloren,

meinnützigen Vereins „Berlin hilft!“ gelegt. Ziel der Initiative ist es, weiteren Patienten, vor allem Kindern, zu helfen, die in der Ukraine keine ausreichende medizinische Versorgung erhalten. Zugleich soll der Kontakt zwischen beiden Ländern weiter ausgebaut werden. So sollen künftig besonders schwere Fälle, die in Kiew nicht, oder nicht optimal behandelt werden können, nach Deutschland transportiert und in Berlin operiert und behandelt werden. Außerdem



Karl-Georg Wellmann MdB zu Besuch beim 14-jährigen Oleg, der bei einem Zoobesuch Anfang des Jahres beide Arme verloren hat

als er einen Bären fotografieren wollte. Das Tier hatte sich auf den Jungen gestürzt, und ihm seine Arme abgerissen. Der Fall machte auch weit über die Landesgrenzen hinaus Schlagzeilen, weil Oleg kurz nach dem Unfall von seinen Eltern verstoßen wurde.

Bei einem Besuch am 11. September 2006 in Kiew wurde Wellmann von dem Verwaltungschef des Behring-Krankenhauses und dem Chefarzt für Kinderorthopädie, Dr. Melllerowicz, begleitet. Mit dabei war auch eine Vertreterin der Firma Otto Bock - Hersteller von Spezial-Prothesen. Als erste Hilfsaktion hatte der kleine Oleg zwei Armprothesen bekommen, die auf Nervenreize reagieren. Bei einem Gespräch mit der Klinik-Führung vor Ort wurde schließlich der Grundstein für die Gründung des ge-

sollen ukrainische Ärzte die Möglichkeit erhalten, in der Berliner Klinik für einige Zeit zu hospitieren, um sich dort fachlich weiterzubilden. Für komplizierte Fälle stellt das Behring-Krankenhaus eine sog. „Second-Opinion“ – eine zweite Meinung auf fachlich-medizinischem Gebiet – zur Verfügung. Zudem sollen dringend benötigte Hilfsmittel, z.B. antibiotische Medikamente, für die Klinik in Kiew beschafft werden.

„Diese Hilfsaktionen wollen wir mit Hilfe privater Spenden aus Deutschland ermöglichen“ erklärt Karl-Georg Wellmann, MdB. Der Verein „Berlin hilft!“ befindet sich bereits in der Gründungsphase und wird sich vor allem bemühen, Spenden sowohl von Privatpersonen als auch von der Industrie zu akquirieren.

KONTAKT

Die Bundestagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 - 10111 Berlin